Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4493**

17. Wahlperiode 21. 01. 2011

Fragen

für die Fragestunde der 86. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 26. Januar 2011

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Welche Informationen (derzeitiger Aufenthalt, Finanzierung und Aktivitäten) hat die Bundesregierung zu den 1 000 mit deutscher Hilfe in Äthiopien ausgebildeten Polizisten, die sich nach Informationen der Bundesregierung zuletzt in der somalischen Provinz Gedo aufhielten, keinen Sold erhielten und dort nach Informationen der „taz“ (www.taz.de) Mitte Oktober 2010 an Gefechten beteiligt waren, und wie kann die Bundesregierung ausschließen, dass sich unter ihnen Minderjährige befinden/befunden haben?

2. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Wie ist nach Ansicht der Bundesregierung die vom Großen Strafsenat des Kassationsgerichtshofs in Ankara beschlossene Einleitung eines Folgeverfahrens gegen die türkische Soziologin P. S. mit der Feststellung des Auswärtigen Amts in Einklang zu bringen, die Türkei habe im Menschenrechtsbereich viele Reformen in Angriff genommen und diese hätten bezüglich der „Verhütung sowie zur erleichterten Strafverfolgung und Bestrafung von Folter“ viele Verbesserungen gebracht (www.auswaertiges-amt.de), und gedenkt sie im Rahmen bilateraler Beziehungen die türkische Regierung darauf hinzuweisen, dass ein Strafprozess, bei dem sich die Beweisführung der Staatsanwaltschaft auf erfolterte Aussagen stützt, einen Verstoß gegen Artikel 15 der Antifolterkonvention darstellt, die auch in nationales türkisches Recht umgesetzt wurde?

3. Abgeordneter
Stefan Liebich
(DIE LINKE.)

Wie beurteilt die Bundesregierung die außenpolitischen Wirkungen von Meldungen der „New York Times“ vom 15. Januar 2011 über die Zusammenarbeit der USA und Israels bei der Entwicklung des Computerwurms Stuxnet als Cyberwaffe und dessen offenkundigen Einsatz gegen den Iran?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

4. Abgeordneter **Stefan Liebich** (DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Meldung, dass der deutsche Konzern Siemens mit seiner Kompetenz und Arbeit faktisch in die Vorbereitung des Cyberangriffs einbezogen wurde?

5. Abgeordnete **Daniela Kolbe (Leipzig)** (SPD)

Mit welchen konkreten Zielen und Forderungen wird die Bundesregierung in den Verhandlungen in der EU auftreten, um im Sinne der deutschen Wirtschaft und der Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen Nachbesserung am Kommissionsvorschlag „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Ausübung einer saisonalen Beschäftigung“ und „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen einer konzerninternen Entsendung“ zu erzielen?

6. Abgeordneter **Memet Kilic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, das Punktesystem sei ein klassisch sozialistischer Zuteilungsansatz, und wenn ja, warum hat sie dann die Einwanderung von Jüdinnen und Juden aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion durch ein Punktesystem geregelt?

7. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Welche internationalen Behindertensportveranstaltungen 2011 werden durch den Bund gefördert (bitte die jeweiligen Veranstaltungen sowie Art und Umfang der Förderungen nennen)?

8. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

In welchem Umfang wird nach Kenntnis der Bundesregierung das öffentlich-rechtliche Fernsehen (ARD und ZDF), insbesondere in Sportsendungen, über die IPC-Leichtathletik-WM in Christchurch/Neuseeland (20. Januar bis 30. Januar 2011), die Special Olympics National Winter Games in Altenberg/Sachsen (28. Februar bis 4. März 2011), die Special Olympics Weltsommerspiele in Athen/Griechenland (25. Juni bis 4. Juli 2011) sowie weitere internationale Veranstaltungen im Behindertensport im ersten Halbjahr 2011 berichten, und inwieweit sind bei diesen Berichterstattungen barrierefreie Angebote geplant?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

9. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit treffen Meldungen zu (vgl. DIE ZEIT vom 20. Januar 2011), dass Informationen aus deutschen Ermittlungsverfahren über Aussagen des seit August 2010 in Deutschland inhaftierten Rami M. an US-Stellen geflossen sind, die über die Lage eines islamistischen Ausbildungscamps nahe Mir Ali/Pakistan sowie über dort sich aufhaltende und trainierte Personen aus Deutschland geflossen sind, darunter auch der deutsche Staatsbürger Bünyamin E., die Rückschlüsse auf dessen Aufenthaltsort zuließen und deshalb auch Grundlage der Drohnenangriffe vom 4. Oktober 2010 gewesen sein können, bei denen Bünyamin E. sowie weitere Personen getötet wurden, und dass die Identität dieses deutschen Staatsbürgers für deutsche Sicherheitsbehörden „längst eindeutig“ belegt ist, und sieht die Bundesregierung Anlass, dass die Generalbundesanwältin auf die deswegen im Oktober 2010 erstattete Strafanzeige gegen den CIA-Direktor hin das bisher zur Staatsanwaltschaft Wuppertal verwiesene Vorermittlungsverfahren nun an sich zieht, fortführt und auf alle mitverantwortlichen Deutschen erstreckt?

10. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf welche Straftatbestände und welche Personen sind die Ermittlungen im Fall des am 17. Dezember 2010 in Afghanistan getöteten Soldaten gerichtet?

11. Abgeordneter **Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung in der Frage, wie viele Fälle von der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 13. Januar 2011 (Beschwerdenummer 6587/04) betroffen sind, wo zwar nach einigen Medienberichten das Urteil vom 13. Januar 2011 nicht mehr als die 20 Fälle derer betreffen soll, die derzeit in nachträglicher Sicherungsverwahrung sitzen (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 13. Januar 2011), während nach anderen Berichten nicht weniger als „Tausende Strafgefangene“ betroffen sind, die die formellen Voraussetzungen nachträglicher Sicherungsverwahrung auch nach der Reform der Sicherungsverwahrung weiterhin erfüllen (vgl. Kreuzer, in: ZEIT ONLINE vom 14. Januar 2011)?

12. Abgeordneter **Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welcher Begründung wird die Bundesregierung gegen das jüngste Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 13. Januar 2011 (Beschwerdenummer 6587/04), wonach die nachträgliche Sicherungsverwahrung nicht mit der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar ist, Beschwerde einlegen (vgl. entsprechende Äußerungen aus der Fraktion der CDU/CSU, dpa vom 13. Januar 2011)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

13. Abgeordnete **Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung Berichte, wonach die CDs mit Schweizer Bankdaten, die Wikileaks übergeben wurden, auch Daten über prominente deutsche mutmaßliche Steuerhinterzieher enthalten, und kann sie Berichte bestätigen, denen zufolge die Daten dem Bundesministerium der Finanzen bereits zum Verkauf angeboten worden seien, aber nicht reagiert wurde (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Januar 2011)?

14. Abgeordnete **Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit spielen Überlegungen der Bundesregierung im Rahmen einer Veränderung des derzeitigen Hilfeverfahrens für überschuldete Staaten eine Rolle, die Bemessungsgrundlage bei der Unternehmensbesteuerung EU-weit zu vereinheitlichen sowie die in Südeuropa übliche Lohnindizierung abzuschaffen, wie in „DIE ZEIT“ vom 20. Januar 2011 („Koste es, was es wolle“) gemeldet?

15. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Überlegungen gibt es seitens der Bundesregierung, eine Umschuldung für überschuldete Staaten wie Griechenland und Irland vorzunehmen, insbesondere mit Hilfe des European Financial Stability Facility (vgl. DIE ZEIT, 20. Januar 2011 Nr. 04, „Koste es, was es wolle“)?

16. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Überlegungen gibt es seitens der Bundesregierung, in einem künftigen Verfahren der europäischen Schuldenhilfe die von den betroffenen Ländern zu zahlenden Zinsen gegenüber dem jetzigen Satz zu verringern (vgl. DIE ZEIT, 20. Januar 2011 Nr. 04, „Koste es, was es wolle“)?

17. Abgeordneter **Dr. Thomas Gambke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung der Meinung, dass die effektive Kapazität des derzeitigen Rettungsmechanismus ausreicht, oder müsste das verfügbare Volumen durch Kredite der Euro-Staaten erhöht werden (vgl. DIE ZEIT, 20. Januar 2011 Nr. 04, „Koste es, was es wolle“)?

18. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung die neue Rechtsauffassung des Bundesfinanzhofs (Urteil vom 11. November 2010 VI R 17/09), wonach bei der Prüfung auf außergewöhnliche Belastungen nach § 33 des Einkommensteuergesetzes (EStG) zur Geltendmachung von Krankheitskosten nun eine ärztliche Bescheinigung nicht mehr nötig ist, so dass entsprechende Verwaltungsanweisungen in R 33,4 EStR (Einkommensteuerrichtlinie) anzupassen sind, und wie viele Steuerpflichtige sind nach Schätzungen der Bundesregierung von dieser positiven Rechtsprechung betroffen?

19. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Welche neuen Erkenntnisse, Ergebnisse bzw. Fortschritte zur Vereinfachung und Systematisierung der steuerlichen Berücksichtigung von Ausbildungskosten hat die Bundesregierung erzielt, und wie viele Steuerpflichtige haben in den Jahren 2004 bis 2006 basierend auf der Einkommensteuerstatistik entsprechende Kosten nach § 10 Absatz 1 Nummer 7 EStG erklärt (bitte differenziert nach Grund- und Splittingtabelle sowie durchschnittliche Höhe der Aufwendungen und Standardabweichung)?

20. Abgeordnete **Bettina Kudla** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen auf die von der Bundesregierung an die Europäische Kommission zu meldende Höhe des deutschen gesamtstaatlichen Defizits für 2010 und 2011 hat der Nachtragshaushalt 2010 der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, wenn dieser umgesetzt würde bzw. wenn das Gericht seine einstweilige Verfügung des Verbots der im Nachtragshaushalt 2010 vorgesehenen Nettokreditaufnahme bestätigen würde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

21. Abgeordneter
Karl Holmeier
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, dass zum einen das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht in 2010 gestört sei und damit die Erhöhung der Nettokreditaufnahme der Landesregierung mit ihrem Nachtragshaushalt 2010 begründet werden könne und zum anderen die im Nachtragshaushalt 2010 vorgesehenen Maßnahmen geeignet seien, diese Störung zu beseitigen, und welche Auswirkungen hat das auf die Verpflichtungen des Bundes zur Herstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts?

22. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Informationen liegen der Bundesregierung über die Vergabe (Zeitpunkt, Institution für die Einreichung von Anträgen) zu den ungebundenen EU-Mitteln aus dem European Energy Programme for Recovery (EEPR) – bezüglich der in der gemeinsamen Beschlussfassung des EU-Parlaments und Ministerrates mit der Nummer PE-CONS 51/10 festgehaltenen Änderung der Verordnung (EG) Nr. 663/2009 – vor, und wie will sie anlässlich des Vergabeverfahrens (Windhundprinzip) gewährleisten, dass die ungebundenen Mittel in Deutschland möglichst bald für die Bereiche Erneuerbare Energien und Energieeffizienz verwendet werden vor dem Hintergrund, dass laut Verordnung (EU) Nr. 1233/2010 Projekte ab dem 1. Januar 2011 förderfähig sein sollen, und dem Fakt, dass die Verordnung unmittelbar nach ihrer Veröffentlichung in Kraft treten soll?

23. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf welcher konkreten Grundlage beruht der Kürzungsfaktor für die vorgesehenen Plafondsmittel bei einem Übersteigen der durchschnittlichen Gesamterlöse der subventionierten Kohlemengen von 46 Euro/t Steinkohleeinheit in Nummer 2.5 der nationalen Kohlerichtlinien vom 28. Dezember 2007?

24. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welcher Strommenge rechnet die Bundesregierung, die 2011 über § 37 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vermarktet wird, und in welcher Höhe wirkt sich dies auf die Umlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes aus?

25. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Strategien verfolgt das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Photovoltaikwirtschaft gegenüber der internationalen Konkurrenz zu steigern, und welche zusätzlichen Maßnahmen sind im Rahmen dieser Strategien geplant?

26. Abgeordneter **Martin Dörmann** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die rechtliche und praktische Umsetzbarkeit eines Universaldienstes, eines Unternehmenszusammenschlusses in Form einer „Breitband AG“ und einer Abgabe zur flächendeckenden Breitbandversorgung?

27. Abgeordneter **Martin Dörmann** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, auf eines dieser Instrumente zur Verwirklichung einer flächendeckenden Breitbandversorgung mit hohen Übertragungsraten zurückzugreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

28. Abgeordnete **Dr. Martina Bunge** (DIE LINKE.)

Wie steht die Bundesregierung zu der Tatsache, dass § 247 Absatz 2a des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) (Anerkennung von Pflichtbeitragszeiten für Zeiten einer beruflichen Ausbildung, auch wenn keine Zahlung von Pflichtbeiträgen erfolgte), nicht für diejenigen Personen in Ostdeutschland herangezogen wird, die den Ausbildungsgang „Abitur mit Berufsausbildung“ in der Regel vom 14./15. bis zum 18./19. Lebensjahr absolviert haben?

29. Abgeordneter **Harald Weinberg** (DIE LINKE.)

In welcher Form plant die Bundesregierung oder die Bundesagentur für Arbeit die Grundsicherungsträger anzuweisen, dass sie das Urteil des Bundessozialgerichts vom 18. Januar 2011 zu der Deckungslücke bei privat krankenversicherten ALG-II-Beziehenden (ALG = Arbeitslosengeld) umzusetzen haben, ohne dass die Hilfebedürftigen tätig werden müssen, und falls nichts dergleichen geplant ist, weshalb nicht?

30. Abgeordneter **Harald Weinberg** (DIE LINKE.)

Wie plant die Bundesregierung die fragliche gesetzliche Regelung zur Deckungslücke bei privat krankenversicherten ALG-II-Beziehenden zu ändern, und wenn sie dies nicht plant, weshalb nicht?

31. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Wie verteilen sich die für die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes für Kinder bei der Bundesagentur für Arbeit zusätzlich etatisierten 1 300 Stellen nach Bundesländern (wenn möglich auch Grundsicherungsstellen), und ab welchem Zeitpunkt werden diese Stellen vollständig besetzt sein?

32. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Nach welchen Kriterien wurde die Personalverteilung entschieden, und handelt es sich um unbefristete Stellen?

33. Abgeordneter **Klaus Ernst** (DIE LINKE.)

Wie begründet die Bundesregierung die Zuweisung von 1-Euro-Jobs an Schwangere und deren Sanktionierung vor dem Hintergrund der gesetzlichen Zweckbestimmung von Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung (AGH-MAE) nach § 16d SGB II in Verbindung mit § 3 Absatz 1 SGB II, wonach die Zuweisung von Eingliederungsmaßnahmen, wie 1-Euro-Jobs, nicht nur an den Zweck der „Eingliederung in Arbeit“ gebunden ist, sondern auch „die individuelle Lebenssituation, insbesondere die familiäre Situation“ zu berücksichtigen ist, und welchen Sinn macht es dann aus Sicht der Bundesregierung, Schwangeren 1-Euro-Jobs zuzuweisen, wo doch absehbar ist, dass sie spätestens mit Eintreten in den gesetzlichen Mutterschutz nicht mehr dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen können, dies vor dem Hintergrund, dass in den vergangenen Tagen mehreren Schwangeren im ALG-II-Bezug vollständig die Leistungen gekürzt wurden und vom Jobcenter eine Verkürzung der Sanktionen verwehrt wurde, weil durch die Sanktionierung ein „Interesse für die Allgemeinheit“ besteht (vgl. junge Welt vom 17. Januar 2011, „Regelsatz auf Null gekürzt“)?

34. Abgeordneter **Klaus Ernst** (DIE LINKE.)

Wie vielen schwangeren Frauen wurden seit 2005 1-Euro-Jobs zugewiesen, und wie viele davon wurden sanktioniert (bitte aufschlüsseln nach Höhe der Leistungskürzung)?

35. Abgeordneter **Memet Kilic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welchem Bereich erkennt die Bundesregierung einen Fachkräftemangel, und welche einwanderungspolitischen Maßnahmen erachtet sie für notwendig, um diesem zu entgegnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

36. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist das QS-System nach Meinung der Bundesregierung ein funktionsfähiges zertifiziertes Eigenkontrollsystem, wie im Rahmen der geplanten Zulassungspflicht für Futtermittelbetriebe gefordert?

37. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie sollen Futtermittelbetriebe nach Auffassung der Bundesregierung nachweisen, dass ein Eintrag unerwünschter Stoffe in die Futterfette und Futterfettsäuren ausgeschlossen ist, wie im Rahmen der geplanten Zulassungspflicht für Futtermittelbetriebe gefordert?

38. Abgeordnete **Ulrike Höfken** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Einrichtung(en) soll(en) die unabhängige und transparente Auditierung der Organisation und Durchführung der amtlichen Kontrollen im Rahmen der Lebens- und Futtermittelüberwachung übernehmen, und mit welchen personellen und finanziellen Mitteln wird/werden diese Einrichtung(en) ausgestattet?

39. Abgeordnete **Ulrike Höfken** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch welche Institution werden die Untersuchungsergebnisse zu Dioxingehalten in Umwelt, Lebens- und Futtermitteln zentral zusammengeführt und ausgewertet, und was versteht die Bundesregierung konkret unter einer regelmäßigen Auswertung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

40. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit sieht die Bundesregierung durch die Kofinanzierung der Produktion der SAT-1-Talkshow „Kerner“ in Afghanistan unter Anwesenheit des Bundesministers der Verteidigung eine unabhängige Berichterstattung gewährleistet, und nach welchen Kriterien entscheidet die Bundesregierung, bei welchen Medien sie eine Kofinanzierung der Berichterstattung übernimmt?

41. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist die teilweise Kostenübernahme der Produktionskosten der SAT-1-Talkshow „Kerner“ durch den Bund in der Sendung gekennzeichnet worden, und welche Kosten verbergen sich in der Antwort der Bundesregierung vom 19. Dezember 2010 auf die Schriftliche Frage 41 auf Bundestagsdrucksache 17/4326 des Abgeordneten Ulrich Maurer aufgeführten „personellen Unterstützungsleistungen“?

42. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bis wann wurden welche Untersuchungsberichte zum tödlichen Vorfall um einen deutschen Hauptgefreiten in Afghanistan im Dezember 2010 durch Feldjäger verfasst?

43. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann und aus welcher Quelle erlangte der Bundesminister der Verteidigung zum ersten Mal Kenntnis darüber, dass sich der tödliche Vorfall um den Hauptgefreiten in Afghanistan im Dezember 2010 nicht ohne Zeugen ereignete?

44. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht das Bundesministerium der Verteidigung aus der Tatsache, dass die Mitglieder des Verteidigungsausschusses über den laut Bundesministerium am 27. Dezember 2010 erstellten Feldjägerbericht erst über einen Artikel der „Bild“-Zeitung Kenntnis erlangten, während der zuständige Staatssekretär zuvor im Verteidigungsausschuss keinen solchen Bericht zu kennen behauptet hatte?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

45. Abgeordneter **Florian Toncar** (FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung die Notwendigkeit der im Nachtragshaushalt 2010 der Landesregierung Nordrhein-Westfalen veranschlagten Zuweisung an die Gemeinden für Investitionen für Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren im Hinblick auf die zwischen Bund und Ländern vereinbarten Ziele zum Ausbau der Kinderbetreuung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

46. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Anfang Dezember 2010 gemachten Äußerungen des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, die Betreiber des Airport Berlin Brandenburg International BBI müssten „ernsthaft darüber nachdenken, ob und inwieweit gleichzeitige parallele Starts überhaupt notwendig sind“, und die Aussage von Hans Niebergall, Chef der DSF Deutschen Flugsicherung GmbH, wonach auf das Abknicken der Routen nicht verzichtet werden könne, da der Planfeststellungsbeschluss für den Flughafen BBI den unabhängigen Parallelstart vorsehe, und hat das zur Folge, dass ein neues Planfeststellungsverfahren erforderlich wird?

47. Abgeordnete **Rita Schwarzelühr-Sutter** (SPD)

Will die Bundesregierung die Anflüge auf den Zürcher Flughafen Kloten über deutsches Gebiet begrenzen, die nach aktuellen Veröffentlichungen im letzten Jahr 135 000 Anflüge betrugen, und wenn ja, mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung den Fluglärm mindern und die Anflüge beschränken?

48. Abgeordnete **Rita Schwarzelühr-Sutter** (SPD)

Unterstützt die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP der Landesregierung Baden-Württemberg festgeschriebene Begrenzung der Anflüge auf den Flughafen Zürich über deutsches Gebiet auf maximal 80 000 Anflüge, und wenn ja, mit welchen Maßnahmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

49. Abgeordneter **Frank Schwabe** (SPD)

Welche konkreten Handlungen hat die Bundesregierung bis jetzt unternommen, um das integrierte Energie- und Klimaprogramm (IEKP) der Bundesregierung zu evaluieren, und wann werden Institute und/oder Fachexperten mit der Evaluierung des integrierten IEKP beauftragt?

50. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist es richtig, dass es vor dem jetzigen Primärkreislaufbefund im Atomkraftwerk Grafenrheinfeld bislang in Deutschland noch nie zugelassen worden ist, dass ein Atomkraftwerk mit bestehendem Befund im Primärkreislauf weiterläuft?

51. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann genau (genaues Datum) hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit im Zusammenhang mit dem aktuellen Befund im Primärkreislauf des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld mit der Erstellung einer Weiterleitungsnachricht beauftragt, und sollen in diese die Untersuchungsergebnisse der für März 2011 geplanten Untersuchung und Ursachenklärung des o. g. Befunds einfließen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

52. Abgeordneter **Dr. Ernst Dieter Rossmann** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung ihre Ankündigung umsetzen, einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen dem Kabinett bzw. dem Deutschen Bundestag vorzulegen, nachdem diverse Bundesministerien (Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, Staatsministerin Dr. Maria Böhmer) eine solche Vorlage und sogar die Verabschiedung eines solchen Gesetzes wiederholt bereits für das Jahr 2010 in Aussicht gestellt haben?

53. Abgeordneter **Dr. Ernst Dieter Rossmann** (SPD)

In welchen vorgesehenen Regelungstatbeständen liegen die bisherigen Verzögerungen bei der Vorlage des Gesetzentwurfs begründet, und mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung weitere Verzögerungen in den einzelnen beteiligten Ressorts und in der Gesamtabstimmung des Gesetzentwurfs entgegenwirken?

54. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

In welchem Umfang wurde der Teilerlass bis zu 25 Prozent nach § 18b des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die 30 Prozent Prüfungsbesten unter Angabe von jeweils der Zahl der Begünstigten, des durchschnittlichen Erlassbetrages und der Kosten für den Bundeshaushalt in den Jahren 2008 bis 2010 genutzt, und mit welchen Einsparungen für den Bundeshaushalt rechnet die Bundesregierung aufgrund des Auslaufens dieser Regelung ab 2012?

55. Abgeordnete **Nicole Gohlke** (DIE LINKE.)

Wie hat die Bundesregierung gegenüber dem Bundesverfassungsgericht im Zusammenhang mit der verfassungsrechtlichen Prüfung von § 6 Satz 1 des Bremischen Studienkontengesetzes (BremStKG) vom 18. Oktober 2005 (BremGBl. S. 550) in Verbindung mit § 3 Absatz 1, § 2 Absatz 1 BremStKG oder von Studiengebühren im Allgemeinen Stellung bezogen, und auf welche Fakten stützte sie sich dabei?

56. Abgeordnete **Nicole Gohlke** (DIE LINKE.)

Versteht es die Bundesregierung als Aufgabe, im Rahmen der Bildungsberichterstattung kontinuierlich zu überprüfen, ob die Erhebung von Studiengebühren in einzelnen Ländern zu einer mit dem Rechtsgut Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse unvereinbaren Benachteiligung der Einwohner dieser Länder führt (vgl. Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Januar 2005, Az. 2 BvF 1/03 Rn. 71), und wie will sie dabei eine Verfälschung der Ergebnisse infolge der Auswirkungen anderer Faktoren, wie der Ausdehnung von Zulassungsbeschränkungen, doppelter Abiturjahrgänge, des Aussetzens der Wehrpflicht etc., verhindern?

57. Abgeordneter **Otto Fricke** (FDP)

Wird Nordrhein-Westfalen aus Sicht der Bundesregierung seinen Verpflichtungen aus dem Hochschulpakt nach einer etwaigen Bestätigung der einstweiligen Anordnung durch den Verfassungsgerichtshof hinsichtlich des Studienplätzeausbaus zukünftig nachkommen können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

58. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie rechtfertigt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) den Abschluss eines unbefristeten Arbeitsvertrages/„Rentenvertrages“ mit dem ehemaligen FDP-Ortsverbandsvorsitzenden und Mitglied des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Tom Pätz, vor dem Hintergrund der Zusagen gegenüber dem Personalrat?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

59. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welcher konkreten Begründung verweigern Bundeskanzleramt und Bundesnachrichtendienst (BND) der Journalistin G. W. weiter trotz der anderslautenden Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts die Einsicht in Akten, die beim BND mit Erkenntnissen zu dem NS-Kriegsverbrecher Adolf Eichmann vorhanden sind, und welche schützenswerten Interessen stehen nach Auffassung der Bundesregierung der Einsichtnahme in diese Akten entgegen angesichts der Tatsache, dass die Vorgänge seit mehr als 50 Jahren abgeschlossen sind und einen NS-Verbrecher betreffen?

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333